

Thomas Schnabel

Zwangsarbeitermahnmal Bietigheim

Ansprache 1. Juli 2018
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kessing, sehr geehrte Frau Levin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zunächst beglückwünsche ich Sie zu der Entscheidung, hier in Bietigheim-Bissingen an die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu erinnern, die im Zweiten Weltkrieg in Deutschland Landwirtschaft und Industrie am Laufen gehalten hatten und teilweise unter unmenschlichen Verhältnissen in Lagern leben mussten. Viele Menschen starben oder wurden sogar hingerichtet. Verständlicherweise wollten die Deutschen in den fünfziger Jahren nicht mehr an die Verbrechen seit 1933 und vor allem im Zweiten Weltkrieg erinnert werden.

Allerdings gelang dies nur eingeschränkt. Die Vernichtung von etwa 6 Millionen europäischen Juden konnte nicht unter den Teppich gekehrt werden, auch wenn man vor Ort lieber nicht daran erinnert werden wollte. Erst seit den siebziger Jahren setzte das öffentliche Erinnern ein, das inzwischen in vielen Orten zu einer erfreulichen Selbstverständlichkeit geworden ist. Sehr viel schwerer tat man sich mit der Erinnerung an den Massenmord an Polen und Menschen aus der Sowjetunion. Der Kalte Krieg hatte sie wieder zu Feinden gemacht. So war es ein Leichtes diesem Thema auszuweichen.

Erst nach der Wiedervereinigung und auf ausländischen Druck setzte in der Bundesrepublik eine langsame Annäherung an dieses Thema ein. Sie war verbunden mit den Diskussionen über eine kleine finanzielle Entschädigung der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die in der von Oberbürgermeister Kessing bereits erwähnten Gründung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" erfolgreich endete. Auf lokaler Ebene ist diese Erinnerung bei weitem noch nicht so ausgeprägt. Umso beeindruckender ist die Initiative in ihrer Stadt.

Zwangsarbeit war in Deutschland im Zweiten Weltkrieg eine millionenfache Regel. Die Nationalsozialisten benötigten im Verlaufe des Krieges immer mehr ausländische Arbeitskräfte, um die steigenden Verluste der deutschen Männer in der Wehrmacht auszugleichen. Dazu wurden Millionen von Menschen aus nahezu allen besetzten Gebieten nach Deutschland verschleppt. Ohne deren Arbeitskraft in Industrie und Landwirtschaft wäre die deutsche Kriegswirtschaft schon viel früher zusammengebrochen. Auch bei uns hier im Südwesten mussten Hunderttausende Menschen zwangsweise arbeiten. Es gab keine Stadt und kein Dorf ohne Zwangsarbeiter, die teilweise nicht einmal 18 Jahre alt waren. So stieg die Zahl der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Württemberg und Hohenzollern von knapp 80.000 im Januar 1941 auf ca. 250.000 Menschen im Juli 1944. Im gesamten Reich waren es zu diesem Zeitpunkt über 7,6 Millionen, eine unvorstellbare Zahl. Die meisten Menschen stammten aus der Sowjetunion, dann folgten Polen und Franzosen. Mehrere hunderttausend kamen aber auch aus Italien, Tschechien, den Niederlanden und Belgien, um nur die wichtigsten Länder zu nennen. Selbst in einem damals überwiegend ländlich geprägten Kreis wie Schwäbisch Hall zählte man über 10.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Der Ausländeranteil unter den Beschäftigten im Deutschen Reich lag im August 1944 insgesamt bei über einem Viertel, in der Landwirtschaft sogar nahe bei 50%, ebenso wie in vielen Firmen der Rüstungsindustrie, im Bergbau umfasste er etwa ein Drittel. Die deutsche Kriegswirtschaft wäre ohne dieses Millionenheer von Zwangsarbeitern nicht aufrechtzuerhalten gewesen. Selbst in kirchlichen Einrichtungen mussten sie arbeiten.

Die Menschen wurden, entsprechend der herrschenden Rassenideologie, sehr unterschiedlich behandelt und auch bezahlt. Am unteren Ende standen vor allem Menschen aus der Sowjetunion und Polen. Dies war auch an den Löhnen abzulesen. Mit Ausnahme von Polen und Russen sollten sogenannte ausländische Zivilarbeiter denselben Lohn wie ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen erhalten, zumindest auf dem Papier. Polen mussten eine 15%-ige Abgabe bezahlen, da sie ja nicht wie die Deutschen zum Wehrdienst eingezogen würden. Die Menschen aus der Sowjetunion erhielten nominell 40% weniger Lohn, im Regelfall aber noch weniger. "Von vielen Betrieben ist zudem bekannt, daß sie gar keine Löhne an die sowjetischen Zivilarbeiter auszahlten und diese für 'Zivilgefangene' hielten"(Ulrich Herbert), die keinen Anspruch auf irgendwelche Leistungen hätten.

Zunächst wollte man aus rassistischen und sicherheitspolitischen Gründen keine Menschen aus der Sowjetunion im Reich haben. Mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene ließ die Wehrmacht 1941/2 auf Anordnung von Göring verhungern. Die hohen deutschen Kriegsverluste zwangen zu einer Änderung der Politik. Ab März 1942 wurden durchschnittlich 20.000 Menschen pro Woche aus der Sowjetunion zwangsweise nach Deutschland gebracht, davon fast die Hälfte Frauen. Viele waren unter 20 Jahre alt. Erst nach der Katastrophe von Stalingrad und der Notwendigkeit einer Steigerung der Kriegsproduktion kam es zu Verbesserungen der Lebensverhältnisse der sogenannten Ostarbeiter. Die rassistisch bedingten Benachteiligungen blieben aber grundsätzlich trotzdem erhalten, vor allem in den Industriebetrieben. Allerdings hatten auch diese Betriebe einen großen Spielraum in der Behandlung und Versorgung ihrer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

DEN Alltag gab es ohnehin nicht und die Vorschriften waren das eine und die Realität häufig, positiv wie negativ, eine andere. Einen gewissen Einblick bieten die Briefe dieser sogenannten Ostarbeiter, die von der Zensur geöffnet wurden. Dadurch erfuhr die Gestapo z.B., "daß von den in Bietigheim untergebrachten Ostarbeitern bzw. Arbeiterinnen schon welche (verbotenerweise, T.S.) im ... Lichtspielhaus hier bei Filmvorführungen waren. Außerdem, daß schon von verschiedenen Mädchen die kath. Kirche besucht wurde", wie es in einem Bericht aus Bietigheim vom Oktober 1942 hieß.

Im selben Bericht wurde beanstandet, "daß in Bietigheim die weiblichen russ. Arbeitskräfte frei umhergehen dürfen. Auch den weiblichen Arbeitskräften ist das freie Umhergehen, spazierengehen während ihrer Freizeit nur geschlossen unter Aufsicht eines Deutschen gestattet. Man könne auch Bietigheim in dieser Hinsicht keine Sonderrechte einräumen und müssten sämtl. sowjetruss. Arbeitskräfte den Vorschriften gemäss behandelt werden. Das Tragen der Ostabzeichen - (auch diese Menschen wurden wie die Juden mit einem immer zu tragenden Abzeichen öffentlich stigmatisiert, T.S.) - müsse unbedingt auch innerhalb des Lagers verlangt werden." Fast schon skurril mutet dagegen die Klage des Bietigheimer Bürgermeisters über ausländische Arbeitskräfte vom Mai 1943 an. Es sei ihm gemeldet worden, "dass im Durchgangslager von wahrscheinlich

französischen Insassen die Marseillaise geblasen wurde." Außerdem nehme das Singen von ausländischen Liedern auf den Straßen und das Anrempeln von Deutschen bei Dunkelheit ebenfalls zu. Anfangs herrschte ein gewisses organisatorisches Chaos bei der Einrichtung und Bewachung des Durchgangslagers, das aber relativ schnell beseitigt wurde.

Allerdings wurden damit die Lebensverhältnisse der Menschen nicht besser. Es herrschte eine nicht geringe Sterblichkeit, die sich sowohl am Leichenregister der Stadt als auch an der Notwendigkeit eines eigenen "Friedhofs für Ostarbeiter" festmachen lässt. So lud der Bürgermeister bereits Anfang März 1943 zu einer Besprechung ein "wegen der Vielzahl der Sterbefälle, die so langsam einen grossen Friedhof erstehen lassen". Dem Leichenregister der Stadt ist zudem zu entnehmen, dass wohl auch in Bietigheim schwangere Frauen als Zwangsarbeiterinnen ankamen. Aufgrund der Lebensbedingungen kam es dann oft zu Totgeburten, teilweise sogar zu Zwangsabtreibungen.

Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden aber auch als große Bedrohung empfunden. Sie tauchen deshalb in den Stimmungsberichten des Oberlandesgerichtspräsidenten und des Generalstaatsanwalts in Stuttgart an das Reichsjustizministerium regelmäßig auf. Es wurde von Arbeitsverweigerungen und Widersetzlichkeiten ebenso berichtet wie von Diebstählen, Gewalttätigkeiten und Unzuchtverbrechen. Allerdings hatten viele sogenannte Auffälligkeiten mit den rigiden Regeln vor allem für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus dem Osten zu tun, die z.B. ohne Erlaubnis ihren Arbeitsort nicht verlassen durften.

Besonders bestialisch ging das Regime gegen Beziehungen zwischen deutschen Frauen und osteuropäischen Zwangsarbeitern vor. Die deutschen Frauen wurden öffentlich kahl geschoren, durch den Ort getrieben und dann ins Gefängnis gesteckt. Teilweise verkauften Parteifunktionäre sogar Postkarten von diesen Demütigungen. Die Partner wurden hingerichtet. So berichtete der Stuttgarter Generalstaatsanwalt im August 1941 von einem solchen Fall. "Soviel ich in Erfahrung bringen konnte, ist dies der 6. Fall, in dem ein Pole im Gau Württemberg-Hohenzollern wegen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen oder Mädchen auf Befehl des Reichsführers SS gehängt worden ist." Die Justiz hatte mit diesen Hinrichtungen nichts zu tun. Die Gestapo

machte selbständig und im wahrsten Sinne des Wortes kurzen Prozess.

Allerdings sah der schwierige Alltag nicht immer so brutal aus. So berichtete der Stuttgarter Generalstaatsanwalt im Mai 1943 zwar an das Reichsjustizministerium in Berlin von der Angst der Landbevölkerung vor Übergriffen der Zwangsarbeiter, zählte aber keinen einzigen, konkreten Fall auf. Vielmehr scheint die angebliche Angst nur die Rechtfertigung dafür gewesen zu sein, dass man die rigiden Vorschriften im ländlichen Raum nicht mehr durchsetzen konnte und mit zunehmender Kriegsdauer und der absehbaren Niederlage zumindest auf kommunaler Ebene noch weniger durchsetzen wollte. Vielmehr versuchten sich die Meisten, Einheimische wie Zwangsarbeiter, mit der Kriegssituation zu arrangieren, wobei die ständige Zusammenarbeit zwangsläufig auch die zwischenmenschlichen Kontakte vertiefte. In den Rüstungsbetrieben kam es infolge der sehr viel strengeren Überwachung und des enormen Arbeitsdruckes zu weniger Kontakten als auf dem Land, aber es gab sie auch dort.

In den Lagern sah die Situation allerdings anders aus. So war in Bietigheim ständig ein Gestapo-Beamter aus Stuttgart im Lager stationiert, was die örtlichen Spielräume massiv einengte. Überhaupt spielte die Gestapo bei der Be- und Misshandlung der Zwangsarbeiter eine besonders unheilvolle Rolle. Im Hotel Silber, dem Sitz der württembergischen Gestapo in Stuttgart, wo das Haus der Geschichte Baden-Württemberg Ende des Jahres einen Erinnerungsort einrichten wird, waren die beiden Referate für sogenannte "ausländische" und "Ostarbeiter" die mit Abstand größten Referate. Die Tätigkeitsfelder der Gestapo-Mitarbeiter geben einen guten Einblick in die konkreten Aufgaben: "Arbeitsvertragsbruch, Arbeitsbummelei, Dienstpflichtverletzung, Störung des Arbeitsfriedens usw., Fahndung, Einweisung in Arbeitserziehungslager", um nur einige Bereiche zu nennen.

Nach dem Kriegsende und ihrer Befreiung zogen einige ehemalige Zwangsarbeiter, die nun Displaced Persons genannt wurden, in marodierenden und bewaffneten Gruppen durch das Land und rächten sich vereinzelt an brutalen Arbeitgebern. In dieser Zeit, aber auch teilweise schon beim Einmarsch der Amerikaner und Franzosen, schützten auf der anderen Seite nicht wenige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

'ihren' Hof oder 'ihren' Betrieb, indem sie auf die gute Behandlung durch den Besitzer hinwiesen. Vereinzelt halfen sie sogar bei der friedlichen Übergabe einer Stadt, wie z.B. in Wangen im Allgäu.

Nach dem Krieg wurden die meisten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sehr schnell in ihre Heimat zurückgebracht. Allerdings konnten oder wollten einige nicht mehr zurück, da beispielsweise die Sowjets ihre alte ostpolnische Heimat besetzt oder die wenigen ostjüdischen Überlebenden keine Heimat mehr hatten, ihre Gemeinden vernichtet und ihre Angehörigen ermordet worden waren. Oft wurden letztere in ihrer alten Heimat von ihren Nachbarn sehr feindselig empfangen, da diese sich inzwischen den jüdischen Besitz angeeignet hatten, in der festen und meist auch zutreffenden Erwartung, dass die alten Besitzer nie zurückkehren würden. So entstand für wenige Nachkriegsjahre in der amerikanischen Besatzungszone aus ehemaligen Zwangsarbeitern und Überlebenden der Konzentrationslager eine der größten jüdischen Gemeinden in Europa. Die Mehrzahl der Menschen wanderte nach Palästina und später Israel und in die USA aus. Die übrigen bildeten dann den Stamm der wenigen wieder entstehenden jüdischen Gemeinden in Deutschland und Baden-Württemberg.

Häufig wird vergessen oder auch verdrängt, dass in einer Diktatur ohne unabhängige Justiz, einem Ein-Parteiensystem und ohne Meinungs- und Pressefreiheit die Möglichkeiten der oder des Einzelnen, ausgegrenzte und diskriminierte Menschen anständig zu behandeln oder zu schikanieren besonders groß sind. Das NS-System schuf den Rahmen, wie dies auch heute noch in vielen Ländern auf der Welt geschieht, die Menschen haben ihn, gerade auch gegenüber Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, ausgefüllt, im Guten wie leider allzu oft im Schlechten.

Spät haben sich die Bundesrepublik und die deutsche Industrie zu ihrer Verantwortung bekannt und den relativ wenigen Überlebenden in den neunziger Jahren noch eine kleine Entschädigung zukommen lassen. Umso mehr ist es unsere Aufgabe an diesen Teil der Unterdrückungs- und Ausbeutungsgeschichte des nationalsozialistischen Deutschlands auch auf regionaler und kommunaler Ebene zu erinnern. Dies ist angesichts der lange zurückliegenden Ereignisse gar nicht so einfach. Neben den notwendigen Informationen sind Denk-Anstöße, künstlerische

Auseinandersetzungen mit dem Thema, aber auch mit den Überbleibseln dieser Zeit von zentraler Bedeutung. Man muss die Menschen im Heute abholen, und sie anregen, sich mit dieser vergangenen, in mancher Hinsicht aber auch erschreckend aktuellen Zeit zu beschäftigen; diese Zeit in ihre Erfahrungen aufzunehmen.

Warum sollen sich aber Menschen, die inzwischen fast alle lange nach dieser Zeit geboren worden sind, mit diesem Thema beschäftigen? Was ist neben dem Gedenken und Erinnern an das Leiden der Opfer von Verfolgung die Aufgabe unserer Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich und seinen Verbrechen? Es dient zum einen der Verständigung und Versöhnung mit den Völkern, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben. Damit verbunden ist aktuell die Verpflichtung für ein Eintreten gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Dieses Erinnern ist aber auf der anderen Seite auch der Spiegel unserer eigenen, derzeitigen Gesellschaft. Wer sich nicht mit den historischen Formen der Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterdrückung beschäftigen will, hat auch heute kein Interesse daran. Wer nicht wissen will, wer sich früher unter Einsatz seines Lebens für Frieden, Rechtsstaat, Minderheitenschutz, Menschlichkeit und gegen Ausgrenzung, Diskriminierung, Stigmatisierung, Massenmord und Angriffskriege einsetzte, für den sind diese Fragen auch heute nicht so wichtig. Und wer sich nicht mit dem erschreckend reibungslosen Hinübergleiten einer Gesellschaft in einen totalitären Unrechtsstaat und sein weitgehend störungsfreies Funktionieren bis zum Zusammenbruch auseinandersetzen will, vergibt sich jede Möglichkeit, etwas daraus zu lernen. Denn wer wirklich will, kann aus der Geschichte lernen. Oder wie es der frühere Bundespräsident Roman Herzog im Januar 1996 im Bundestag ausdrückte: "Denn es ist vor allem unser Interesse, aus der Erinnerung zu lernen. Die Erinnerung gibt uns Kraft, weil sie Irrwege vermeiden hilft."

Es geht also bei unserem Erinnern nicht nur um die Vergangenheit, sondern vor allem um unsere Zukunft. Dies gilt sogar für die Beschäftigung mit Auschwitz, wie Imre Kertesz in seiner Rede zum Nobelpreis für Literatur 2002 ausführte: "Denn nach meiner Auffassung berühre ich, wenn ich der traumatischen Wirkung von Auschwitz nachgehe, die Grundfragen der Lebensfähigkeit und kreativen Kraft des

heutigen Menschen; das heißt, über Auschwitz nachdenkend, denke ich vielleicht paradoxerweise eher über die Zukunft als über die Vergangenheit nach."

Insofern sagt dieses Mahnmal nicht nur etwas über die Vergangenheit aus, sondern über uns heute. Indem wir diese Menschen, ihre Behandlung und ihre Leiden nicht vergessen, zeigen wir, dass uns diese Themen auch heute noch wichtig sind. Wir erinnern uns nicht nur an die Opfer dieser unmenschlichen Politik vor vielen Jahrzehnten, sondern wir erinnern uns auch an die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte und was es bedeutet, wenn diese eingeschränkt oder gar außer Kraft gesetzt werden. Lassen sie uns also weiterhin mit diesem doppelten Erinnern für unsere Zukunft arbeiten. Vielen Dank.